

Bremen, 29.03.2022

Antrag des Fachausschusses Soziales Findorff

Unterbringung geflüchteter Menschen aus der Ukraine in Findorff

Die Unterbringung von geflüchteten Menschen wird die Stadt Bremen in den nächsten Monaten sehr beschäftigen und alle Institutionen sind gehalten, nach Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen.

Der Fachausschuss Soziales fordert daher Immobilien Bremen sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf, zu prüfen, welche Gebäude sich im Stadtteil Findorff als Unterkunft für geflüchtete Menschen eignen und unverzüglich mit der Herrichtung dieser Gebäude als Unterkunft und der Unterbringung geflüchteter Menschen zu beginnen.

Insbesondere könnte hierbei die nach dem Wissen des Fachausschusses derzeit leerstehenden, aber bereits 2015/16 bereits zur Unterbringung von Menschen umgebauten oberen Etagen der Polizeiwache Fürther Straße geprüft werden oder das seit Jahren leerstehende Verwaltungsgebäude der Gestra-AG in der Hemmstraße 130 z.B. in Form einer Zwischennutzung. Sollten diese Gebäude nicht zur Verfügung stehen, bittet der Fachausschuss um die Prüfung aller geeigneter Gebäude im Stadtteil.

Begründung:

Die Unterbringung der schnell steigenden Zahl geflüchteter Menschen (u.a. aus der Ukraine) muss auf vielen Ebenen rasch und qualitativ gut gelingen. Findorff verfügt mit den bereits zur Unterbringung von Menschen hergerichteten Räumlichkeiten im Polizeigebäude über eine gute Möglichkeit, zügig Menschen aufzunehmen und dadurch z.B. die Messehallen zu entlasten.

Da dies nicht ausreicht, sollte die Herrichtung weiterer Gebäude geprüft werden. Der Bestand an öffentlichen Gebäuden in Findorff ist gering und es sind bis auf die bereits genannten Teile des Polizeigebäudes alle in dauerhafter Nutzung. Aus diesem Grund muss die öffentliche Verwaltung auch die Nutzbarkeit geeigneter privater Immobilien in Betracht ziehen. Das Verwaltungsgebäude der Gestra-AG in der Hemmstraße 130 steht seit Jahren leer, könnte sich aber gut zur Unterbringung von Geflüchteten eignen, da es in gewissem Umfang über sanitäre Einrichtungen und außerdem über größere Büroräume verfügt (z.B. zur Unterbringung von Familien).

Sollten die genannten Gebäude bereits zu einem anderen vergleichbaren Zweck (Unterbringung von Menschen in Notsituationen) verplant worden sein oder aus anderen Gründen nicht für die Unterbringung von Menschen geeignet sein, so bittet der Fachausschuss Soziales um die kurzfristige Prüfung anderer Gebäude im Stadtteil. In Betracht kommen insbesondere zum Beispiel Turnhallen oder leerstehende Wohnräume, auf die Immobilien Bremen aufgrund eigener Verwaltung unproblematisch zugreifen kann.

Der Beirat Findorff (Fachausschuss Soziales) in der Sitzung am 29.03.2022 (einstimmig)